

Herausgeber:
Heinrich Bechtoldt
Geschäftsführender Herausgeber
Hans Apel
Herbert von Borch
Klaus Ritter
Walter Scheel
Helmut Schmidt
Horst Teltschik
Richard von Weizsäcker
Gerhard Wettig

**Zeitschrift für
internationale
Fragen**

AUSSEN POLITIK

Horst Teltschik

**Die Bundesrepublik Deutschland und Polen –
eine schwierige Partnerschaft im Herzen Europas**

Peter R. Weilemann

**Der deutsche Beitrag zur Überwindung der
europäischen Teilung – Die zehn Punkte von
Bundeskanzler Helmut Kohl**

Berndt von Staden

Das ganze Europa muß es sein ...

Gerhard Wettig

Die Deutsche Frage in der sowjetischen Politik

Manfred R. Hamm und Hartmut Pohlman

**Militärdoktrin und Strategien –
die fehlenden Schlüssel zu erfolgreicher
konventioneller Rüstungskontrolle?**

Udo Steinbach

**Die „Zweite Islamische Republik“
Der Gottesstaat auf dem Weg in die Normalität**

Klaus Frhr. von der Ropp

Die Rückkehr zur Diplomatie im Süden Afrikas

Neueingegangene Bücher

41. Jahrgang

1/90

1. Quartal 1990 Verlagsort Hamburg DM 12,50

AUSSEN POLITIK

Zeitschrift für internationale Fragen

Jg. 41

1. Quartal 1990

Horst Teltschik Die Bundesrepublik Deutschland und Polen – eine schwierige Partnerschaft im Herzen Europas	3
Peter R. Weilemann Der deutsche Beitrag zur Überwindung der europäischen Teilung – Die zehn Punkte von Bundeskanzler Helmut Kohl	15
Berndt von Staden Das ganze Europa muß es sein ...	24
Gerhard Wettig Die Deutsche Frage in der sowjetischen Politik	38
Manfred R. Hamm und Hartmut Pohlman Militärdoktrin und Strategien – die fehlenden Schlüssel zu erfolgreicher konventioneller Rüstungskontrolle?	52
Udo Steinbach Die „Zweite Islamische Republik“ Der Gottesstaat auf dem Weg in die Normalität	73
Klaus Frhr. von der Ropp Die Rückkehr zur Diplomatie im Süden Afrikas	91
Neueingegangene Bücher	103

HERAUSGEBER: Heinrich Bechtoldt, Hans Apel, Herbert v. Borch, Klaus Ritter, Walter Scheel, Helmut Schmidt, Horst Teltschik, Richard von Weizsäcker, Gerhard Wettig.

REDAKTION: Geschäftsführender Herausgeber Prof. Dr. Heinrich Bechtoldt, 7000 Stuttgart-Hohenheim, Schloß, Telefon (07 11) 4 59 26 28.

Beiträge in dieser Zeitschrift geben jeweils die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Nachdruck und Vervielfältigungen nur mit Genehmigung der Redaktion.

VERLAG: INTERPRESS Verlag GmbH, Hartwicusstraße 3-4, D-2000 Hamburg 76, Telefon: (0 40) 2 29 06 09, Verleger: Karin Reinecke, Anzeigen: z. Z. ist Preisliste Nr. 13 gültig. Druck: Wullenwever-Druck Heine KG, Grapengießstraße 30, D-2400 Lübeck 1.

BEZUGSPREISE: Jahresabonnement DM 50,-, Studenten DM 40,-, zuzügl. Versandkosten. Preis des Einzelheftes DM 12,50. Abbestellungen zum Ende des Berechnungszeitraumes mit einer Frist von sechs Wochen.

BEILAGENHINWEIS: Einem Teil der Auflage liegt eine Beilage des Verlag Norman Rentrop und der W. Kohlhammer GmbH bei.

Die Rückkehr zur Diplomatie im Süden Afrikas

Nabezu dreißig Jahre war im südlichen Afrika Krieg geführt worden, als 1988 dem amerikanischen Chefunterhändler Chester A. Crocker ein Durchbruch gelang. Mit Unterstützung der sowjetischen und der britischen Diplomatie vermochte er Südafrika zur Aufgabe Namibias und Kuba zum Rückzug seines Expeditionscorps aus Angola zu veranlassen. So stellte sich die Frage, ob das Bemühen der Supermächte, Regionalkonflikte beizulegen, jedenfalls zu ent-internationalisieren, im Süden Afrikas weitere Erfolge für sich würde verbuchen können. Dr. Klaus Frhr. von der Ropp, Köln, untersucht die letztlich doch deutlich fehlgeschlagenen Bemühungen afrikanischer Staaten und der im Hintergrund gebliebenen Supermächte, die Bürgerkriege in Angola und Mozambique zu beenden. Dennoch besteht heute vielleicht eine konkretere Chance denn je zuvor, den Südafrika-Konflikt einer Lösung näher zu bringen. Beide Hauptkontrahenten, Pretoria und der ANC, bekunden jetzt ihre Verhandlungsbereitschaft, jedoch sind ihrer beider Vorstellungen von dem Post-Apartheid-Südafrika noch sehr weit voneinander entfernt. London ist, mit Unterstützung beider Supermächte, mit dem ihm eigenen, einzigartigen Sachwissen hier um Vermittlung bemüht. Sollte der Friedensprozeß in Namibia weiterhin relativ erfolgreich sein, wird das die Südafrika-Diplomatie Großbritanniens beflügeln. Der Autor knüpft mit seinem Artikel an zwei ältere Aufsätze an, die 1988/3 bzw. 1989/2 in dieser Zeitschrift erschienen, und zwar „Republik Südafrika: Sieg der Gegenrevolution?“ und „Friedensinitiativen im Südwesten Afrikas“.

I. Vorbemerkungen

Die gemeinsamen Anstrengungen der Supermächte zur Beilegung von Regionalkonflikten verzeichneten im Dezember 1988 mit dem Abschluß des Vertrages von New York einen bedeutsamen Erfolg. Denn unterstützt von dem überragenden Sachwissen der britischen Diplomatie gelang Washington und Moskau hier ein dreifacher Erfolg: Die Einigung auf die Entlassung Namibias in die staatliche Unabhängigkeit, der Abzug des etwa 50.000 Mann starken kubanischen Expeditionscorps aus Angola sowie der Abschluß eines „Antisubversionsvertrages“ zwischen Südafrika und Angola. Den amerikanischen, britischen und sowjetischen Unterhändlern wie auch Pretoria war klar, daß es sich bei diesen Absprachen nur um Anfangserfolge handelte. Von einer Befriedung des Subkontinents würde erst nach der Beilegung der Bürgerkriege in Angola und Mozambique wie auch des Südafrika-Konflikts gesprochen werden können.

Die trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge in vielem erstaunlich unproblematische Implementierung des in UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 (1978) niedergelegten Planes zur Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit wird dazu beigetragen haben, daß 1989 auch die übrigen Konflikte eher lösbar erschienen¹. Ende

¹ S. dazu u. a. Robert von Lucius: „Verhandlungen sollen die Bürgerkriege in Mocambique und Angola beenden“ in FAZ vom 8. August 1989, S. 4.

Juni 1989 wurde so unter Vermittlung des Präsidenten Mobutu von Zaire die „Gbadolite-Deklaration“ verabschiedet, auf der die folgenden Bemühungen beruhten, den seit 1975 Angola verwüstenden Bürgerkrieg beizulegen. Gespräche der Renamo-Bewegung von Alfonso Dhlakama mit Vertretern mozambiquanischer Kirchen in Nairobi ließen kurze Zeit die Hoffnung aufkommen, daß auch der Krieg im Südosten Afrikas beigelegt werden könne. Denn die Kirchenführer traten mit ausdrücklicher Zustimmung der Regierung Mozambiques auf. Schließlich bekundeten die wichtigsten Parteien des Südafrika-Konflikts immer wieder ihre größer gewordene Bereitschaft, eine Verhandlungslösung zu suchen.

II. Perspektiven der Beendigung der bewaffneten Konflikte in Angola und Mozambique

Inmitten des Mitte der 70er Jahre von der abziehenden Kolonialmacht Portugal zurückgelassenen Chaos behauptete sich in Luanda die Befreiungsbewegung MPLA gegenüber ihren Rivalen UNITA und FNLA. Dies gelang ihr nur dank der Unterstützung der UdSSR, Kubas und einiger Staaten Osteuropas. Diese Mächte befähigten die MPLA, gegen UNITA, die sich der politischen Ausschaltung widersetzte, Krieg zu führen. UNITA genoß von Anfang an die Unterstützung Südafrikas und seit Mitte der 80er Jahre auch die der USA. Die FNLA dagegen versank in Bedeutungslosigkeit.

Zunächst hatten sich die OAU und seit Anfang der 80er Jahre der damalige amerikanische Assistant Secretary of State for African Affairs, Chester A. Crocker, bemüht, zwischen MPLA und UNITA einen politischen Ausgleich herbeizuführen. Diese Anstrengungen blieben fruchtlos. UNITA forderte die Beteiligung an einer Übergangsregierung in Luanda. Zu einem späteren Zeitpunkt sollten nach ihren Vorstellungen von UN und/oder OAU überwachte Wahlen stattfinden, aus denen dann die erste frei gewählte Regierung Angolas hervorgehen würde. Unter Hinweis auf die von ihr selbst dem Land oktroyierte Verfassung, die Angola zum *de jure* Ein-Parteien-Staat gemacht hatte, wies die MPLA diese Forderungen zurück. Sie fürchtete vor allem die politische Macht des charismatischen Präsidenten der UNITA, Jonas Savimbi. Von daher war die MPLA nie zu mehr bereit², als die Angehörigen UNITAs zu amnestieren und in die bestehenden staatlichen Strukturen zu integrieren.

Um so überraschender war, daß Ende Juni 1989 aus Gbadolite/Zaire gemeldet wurde, MPLA und UNITA hätten sich nach Vermittlung Mobutus auf einen Waffenstillstand geeinigt³. Es wurde auch gemeldet, daß die Staatsoberhäupter Zaires, Congos und Gabuns eine Kommission gebildet hätten, die den Waffenstillstand und auch den übrigen Befriedungsprozeß überwachen werde. Unmittelbar im Anschluß an den von der Presse groß herausgestellten öffentlichen Handschlag zwischen den Hauptkontrahenten Jose Eduardo dos Santos und Jonas Savimbi in Gbadolite ergaben sich jedoch Zweifel, worauf sich die streitenden Parteien geeinigt

2 S. etwa das Interview mit dem Außenminister Angolas, Pedro de Castro Van-Dunem, mit „Africa Report“, März/April 1989, S. 23-25: „Creating Conditions for Peace“.

3 Dazu: „Angola: Text of Gbadolite Declaration“ in „Africa Research Bulletin“, Juni 1989, S. 9317.

hatten. Vielleicht trifft das so harte Urteil von Allister Sparks zu, der von „*hybrid agreement, half-public, half-unwritten understandings, that was a recipe for later disputation*“ sprach. Sicher war wohl nur, daß die UdSSR und die USA die von ihnen unterstützten MPLA bzw. UNITA zum Friedensschluß gedrängt hatten. Streitig war und blieb dagegen, ob UNITA einer Vereinbarung zugestimmt hatte, so die MPLA, wonach Savimbi sich verpflichtete, für eine begrenzte Zeit ins Exil zu gehen und ihre Kader in der MPLA aufgehen sollten. Warum hätte UNITA, die, von Washington weiterhin unterstützt, um diese Zeit im Osten und in Teilen des Nordens Angolas einen erfolgreichen Guerillakrieg führte, kapitulieren sollen? Bei einem Gipfeltreffen in Harare Ende August 1989 bestätigten die Teilnehmer, darunter u. a. die Staatschefs von Zambia, Zimbabwe, Zaire und Congo, die auch in Gbadolite anwesend gewesen waren, allerdings die Vertragsinterpretation der MPLA. Fest steht vielleicht nur, daß es dem schwarzen Afrika einmal mehr nicht gelungen ist, einen seiner Konflikte mit friedlichen Mitteln beizulegen. So wird der bereits wiederaufgenommene Bürgerkrieg Angola noch tiefer in die bald totale Zerstörung stoßen⁴.

Selbst wenn die Verhandlungen über Angola erfolgreich gewesen wären, so wäre doch zweifelhaft gewesen, ob ein entsprechendes Abkommen auch zwischen der Frelimo-Regierung und den Rebellen der Renamo hätte unterzeichnet werden können. Denn die Renamo ist allem Anschein nach weniger eine politische Bewegung als eine nicht kontrollierte, wohl nicht zu kontrollierende, in sich zerrissene und stark von Banditentum geprägte Gruppierung. Ihr Ziel war über lange Zeit weniger die Übernahme von Regierungsverantwortung als die Bekämpfung Frelimos mit allen nur denkbaren Mitteln.

Im ersten Halbjahr 1989 ließ die Regierung Mozambiques in Maputo ein Dokument zirkulieren, in dem ihre Vorstellungen von einer Beilegung des mozambiquanischen Bürgerkrieges niedergelegt waren. Dieses 12-Punkte-Papier wurde auch dem UN-Sicherheitsrat zur Beratung vorgelegt. Beide Supermächte drängten um diese Zeit Pretoria, die Unterstützung Renamos endgültig einzustellen. Ferner kündigten die Sowjets an, binnen zwei Jahren ihre (schätzungsweise) 700 bis 800 Militärberater abzuziehen. Der erst einige Wochen später in das Amt gewählte neue südafrikanische Staatspräsident, Frederik W. de Klerk, äußerte dann im Juli 1989 bei einem Besuch in Maputo, daß Pretoria die Anfang 1984 in dem Vertrag von Nkomati eingegangene Verpflichtung, Mozambique nicht weiter zu destabilisieren, respektieren werde.

Der Friedensplan Maputos bietet den Angehörigen Renamos im Grunde nichts außer der Möglichkeit, in Ehren zu kapitulieren. Renamo, die von den Regierungstruppen sichtlich militärisch nicht zu besiegen ist, bestand dagegen auf der Bildung einer Übergangsregierung für Mozambique. Diese Koalitionsregierung sollte, so die Vorstellungen Renamos, später durch eine aus freien Wahlen hervorgegangene Regierung abgelöst werden.

⁴ S. dazu B. A. : „Krieg und Diplomatie um einen Frieden in Angola/Wachsende Bedeutung der USA — Unklare Rolle der UNITA“ in NZZ vom 5. Juni 1989 und ders. „Angolas große Bahnlinie in Trümmern/Cholera und Bummelzüge in Benguela“ in NZZ vom 10. Juni 1989.

Mitte August 1989 fanden dann in Nairobi unter dem Vorsitz von Staatspräsident Moi (Kenia) und mit besonderer Unterstützung des Präsidenten Mugabe (Zimbabwe) Vorgespräche zwischen Renamo und führenden Kirchenleuten Mozambiques, die mit Wissen Maputos Mittlerfunktionen übernommen hatten, statt. Unklar blieb, ob Vertreter Maputos, die sich zur selben Zeit in Nairobi aufhielten, an den Besprechungen teilnahmen. Schon im Herbst 1984 waren, damals dank der Vermittlung Südafrikas, Vertreter von Frelimo und Renamo in Pretoria zu Friedensgesprächen zusammengetroffen. Damals wie jetzt in Nairobi gab es eine Fülle von Gründen, die die Gespräche scheitern lassen konnten. Worauf ihr Scheitern letztlich zurückzuführen war, blieb in beiden Fällen unklar. Jedoch ist sicher, daß auch die seit 1975 in Maputo Herrschenden nicht bereit waren, sich in einer Wahl der Herausforderung eines Konkurrenten um die Macht zu stellen.

Vorstellbar ist, daß die Kriege in Angola und Mozambique auch dann noch andauern werden, wenn es britisch-amerikanisch-sowjetischer Diplomatie gelingt, das heute noch Unvorstellbare zustande zu bringen, d. i. die Beilegung des Südafrika-Konflikts.

III. Gibt es eine Chance zur Beilegung des Südafrika-Konflikts?

1. Positionen Pretorias

Regierung und Opposition agieren in Südafrika in einem Staat, dessen Volkswirtschaft sich von den Folgen der politischen Unruhen von 1976/77 und 1984/86 nie wirklich erholt hat. Nur die seit 1985 alljährlich zur Jahresmitte erfolgte Verhängung des landesweiten Notstandes hat eine Wiederholung der Aufstände verhindert. Pretoria kann es sich angesichts der Kritik, auf die seine Innenpolitik weltweit stößt, nicht leisten, seine Probleme so zu lösen, wie das beispielsweise die politische Führung der VR China Anfang Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz in Peking tat. So steht zu erwarten, daß sich der in den zurückliegenden Jahren zu beobachtende Trend fortsetzt, der an die Stelle der wirtschaftlichen Dynamik noch der 70er Jahre Desinvestitionen, Warenboykott, weitgehende Abschottung vom internationalen Kapitalmarkt und damit auch Technologietransfer, Nettokapitalabfluß, Wechselkursverfall, hohe Inflationsrate, Verlust von Fachkräften und eine sehr hohe Arbeitslosigkeit hat treten lassen. So wird verständlich, daß die in Südafrika tätige internationale Geschäftswelt heute gleichfalls oft scharfe Kritik an der Politik Pretorias übt. Schlichtes Eigeninteresse zwingt sie zu dieser Sprache. Diese harte Sprache wird auch gesprochen werden, wenn die südafrikanischen Schuldner und die internationalen Gläubigerbanken ein bis Mitte 1990 zu vereinbarendes Umschuldungsabkommen aushandeln werden.

Selbst von seiten der Banken werden dann Forderungen vorgetragen werden wie jene nach der Freilassung der politischen Gefangenen, der „Entbannung“ von ANC/UDF und PAC/Azapo, dem Abzug der SADF aus den schwarzen Gettos sowie der Aufhebung des Notstandes. Vollkommen zu Recht urteilte der Südafrikaner Max Coleman kürzlich in einem Vortrag in Bonn „. . . *the Apartheid government of South Africa faces a dilemma, a crisis of survival. On the one hand it is reluctant to lift the State of Emergency and run the risk of losing its iron grip of control on*

what it terms as „the revolutionary situation“ (a euphemism for popular resistance). On the other hand it cannot afford to continue the State of Emergency and so face certain economic collapse either in the very near future as debt repayment obligations start to crowd in, or in the course of time through capital starvation“⁵.

Vor diesem Hintergrund stellte sich die seit 1948 in Pretoria/Kapstadt regierende Nasionale Party van Suid-Afrika Anfang September 1989 der weißafrikanischen Wählerschaft. Von ihren Rivalen, d. w. die Konserwatiewe Party und die Democratic Party, war ihr die erstere der viel gefährlichere Gegner. Die KP propagierte nämlich die Rückkehr Südafrikas zum Status quo ante, d. h. die Überwindung der in der Ära P. W. Botha verwirklichten Reformen und die Rückkehr zur ursprünglichen Apartheid. Die DP hingegen redet einer offenen Gesellschaft das Wort. Sie fordert die Schaffung eines nicht-rassischen, westlich-demokratischen neuen Südafrikas. Nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Wähler und Mitglieder der DP ist allerdings bereit, daraus die Konsequenzen zu ziehen und die Vorstellungen des ANC von einer „nicht-rassischen Demokratie in einem unitarischen Staat“ zu akzeptieren. Auch in der DP dominiert letztlich die Angst vor dem den Weißen kulturell völlig fremden schwarzen Südafrika. Selbst in der DP ist die Furcht verbreitet, nach dem Verlust der politischen und militärischen Herrschaft aus Südafrika vertrieben zu werden. In einer gewissen Hilflosigkeit sucht die DP daher nach konkordanzdemokratischen oder föderalen Strukturen für ein neues Südafrika.

Die NP hat erkannt, daß die bisherige Politik einer „modernisierten“ Apartheid Südafrika schon mittelfristig an den Rand des wirtschaftlichen Abgrunds führen wird. Von daher distanziert sie sich scharf von dem reaktionären Programm der KP. Sie bekundet ihre Bereitschaft, mit dem schwarzen Südafrika die Verfassung des Post-Apartheid-Südafrikas auszuhandeln. Bereits der im Spätsommer zurückgetretene Staatspräsident Botha hatte dies allem Anschein nach verstanden. Schon in seiner Amtszeit trafen vier seiner Minister (Kobie Coetsee, Stoffel van der Merwe, Pik Botha und Gerrit Viljoen) mit dem seit 1962 inhaftierten Nelson Mandela zusammen. Und P. W. Botha selbst empfing im Juli 1989 im Tuynhuys, seinem Kapstädter Amtssitz, seinen bedeutendsten schwarzen Gegenspieler, eben Nelson Mandela.

Ihre Vorstellungen von einer Post-Apartheid-Gesellschaft legte die NP Mitte 1989 in ihrem sog. *five-year action plan* nieder. Ihn ausländischen Gesprächspartnern zu erläutern, war der künftige Staatspräsident de Klerk im Juni 1989 in London, Bonn, Lissabon, Rom und wenig später in Mozambique, Zaire und Zambia bemüht. Es dürfte ihm kaum gelungen sein, seine Gastgeber zu überzeugen. Denn viel zu vieles bleibt in dem Plan seiner Partei vage. „*The rhetoric of change is unmatched by the substance*“ urteilte zu Recht ein unbekannter britischer Kritiker. Eckpfeiler auch des neuen Südafrikas bleiben Volksgruppenrechte. Die Gruppen werden heute allerdings nicht mehr nach rassischen, sondern nach kulturellen Kriterien definiert. Das NP-Manifest bricht aber mit der „*grand apartheid*“, d. h. der Schaffung von schwarzen Satellitenstaaten. Sie propagiert heute ein System, wo „*all population*

⁵ „The impact of the economy on the course of repression in South Africa“, S. 12-15 (13) in AWEPAA „Human Rights in South Africa-Conference Report“, Amsterdam, 1989.

groups participate in decision-making on a basis of consensus“. Auch in konservativen Kreisen der westlichen Welt erinnert dies Programm an die auch von dem damaligen Minister de Klerk getragene Vorstellung von einer „gesonde magsdeling“ („*healthy power-sharing*“) der weißen und der braunen Afrikaner. Sie war bekanntlich die Basis für das 1984 geschaffene System („*tricameral parliament*“ etc.). Die Einführung dieses Systems hat nicht das geringste an den politischen Machtverhältnissen geändert. Das Land wird nach wie vor nur von den weißen Afrikanern regiert. Auch bei den Wahlen von September 1989 zu dem House of Representatives bzw. dem House of Delegates brachten die gemischtrassigen und indienstämmigen Südafrikaner ihre Geringschätzung für „gesonde magsdeling“ zum Ausdruck. Ihre Wahlbeteiligung war teilweise noch geringer als 1984; damals hatten 18 v. H. der Coloureds und 16 v. H. der Inder von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht.

In ihrer Engstirnigkeit mögen viele NP-Politiker noch heute der Meinung sein, auf der Basis des erwähnten NP-Manifestes eine neue Verfassung mit Teilen des schwarzen Südafrikas aushandeln zu können. Die Spitze auch der Regierungspartei sieht jedoch die Wertlosigkeit solcher Überlegungen. Nur die Sorge, durch wirkliche Zugeständnisse an den ANC noch mehr Weiße der KP des Pastors Andries Treurnicht zuzuführen, hat sie abgehalten, ihre eigentlichen Pläne zu publizieren. Immerhin gelang es so, die Verluste der NP 1989 in Grenzen zu halten. Die NP kam nämlich im September 1989 auf 48 v. H. der Stimmen, die KP auf gut 31 v. H. und die DP auf gut 20 v. H. Die Wahlen wurden von einer Welle des zivilen Ungehorsams („*defiance campaign*“), Bombenanschlägen, politischen Streiks und sonstigen Akten des Aufbegehrens begleitet. Anscheinend lief die Regierung in Pretoria jedoch nie Gefahr, ähnlich 1976/77 und 1984/86 in Teilen des Landes für eine begrenzte Zeit die Kontrolle zu verlieren.

Hingegen war Pretoria sichtlich um Toleranz bemüht, als es zuließ, daß Mitte September 1989 Zehntausende an Protestmärschen in vielen Städten des Landes teilnahmen. Ihnen gingen in der Regel stark politisierte Gottesdienste voraus. An diesen Protestkundgebungen war besonders bemerkenswert, daß sie Anhänger der verfeindeten Befreiungsbewegungen ANC/UDF und PAC/Azapo vereinte. Überall waren ihre Symbole wie auch die der Südafrikanischen Kommunistischen Partei zu sehen. Ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit den wirklichen Führern des Widerstandes bekundete die Regierung Mitte Oktober 1989, als sie acht hochrangige ANC-Funktionäre, die alle über ein Vierteljahrhundert inhaftiert gewesen waren, freiließ. Seither ist es nur noch eine Frage der Zeit, daß auch Nelson Mandela aus der Haft entlassen werden wird.

2. Anmerkungen zu möglichen Rückfallpositionen des weißen Südafrikas
Nach alledem besteht die Hoffnung, daß die Innenpolitik Pretorias sich in Zukunft stärker an den Realitäten Südafrikas orientieren wird. Noch in den 80er Jahren hatte allerdings selbst die Administration von US-Präsident Ronald Reagan erfahren müssen, welch anachronistisch-reaktionäre Politik Pretoria weiterhin glaubte ver-

treten zu können⁶. Es sind heute jedoch vier Faktoren, die vor allem den Broederbond, jene geheimnisvolle Bruderschaft, die seit Jahrzehnten die Politik Pretorias stark beeinflusst, haben umdenken lassen: der hohe Grad politischer Isolierung Südafrikas und die daraus resultierenden, offenbar unüberwindlichen wirtschaftlichen Probleme; der fundamentale Wandel⁷ in der sowjetischen Südafrika-Politik sowie die überragende Diplomatie Großbritanniens. So ist es nicht lange her, daß es in einem unveröffentlichten Papier des Broederbundes hieß „Das größte Risiko wäre . . . kein Risiko einzugehen“.

Längst sind der Regierung nahestehende weiße Afrikaner dem Beispiel von Van Zyl Slabbert, einem der führenden Köpfe der außerparlamentarischen Opposition, gefolgt und haben u. a. in Lusaka, auf den Bermudas und in London das Gespräch mit dem ANC gesucht. Von besonderer Bedeutung dürfte das Treffen gewesen sein, zu dem Anfang Oktober 1989 in London eine hochrangige ANC-Delegation mit der Spitze des Broederbundes zusammenkam. Der Delegation des Broederbundes gehörten u. a. Willem de Klerk, der für seine Offenheit bekannte ältere Bruder von Staatspräsident F. W. de Klerk, und andere hervorragende Mitglieder an. Ein früherer Vorsitzender des Broederbundes, der sehr fähige Gerrit Viljoen, ist übrigens heute im Kabinett de Klerk für Verfassungsangelegenheiten und damit auf Regierungsseite für die Ausarbeitung der Verfassung des neuen Südafrikas verantwortlich. Nicht von dem, was Anfang Oktober 1989 in London besprochen wurde, ist an die Öffentlichkeit gedrungen. Wahrscheinlich handelte es sich nur um „*talks about talks about talks*“.

Die Vorlage einer Studie⁸ des südafrikanischen Politik-Wissenschaftlers Pierre Hugo (UNISA/Pretoria) hat einmal mehr die Richtigkeit des Satzes unterstrichen, den Van Zyl Slabbert bei dem ersten Treffen afrikaanser Dissidenten mit dem ANC im Juli 1987 in Dakar an die Vertreter der Befreiungsbewegung richtete: „*If you want to overcome apartheid, you must convince Whites, particularly Afrikaners, that there is life beyond apartheid*“⁹. Die Angst sehr vieler weißer Südafrikaner, aus dem vom ANC beherrschten „*non racial democratic Post-Apartheid-South Africa*“ vertrieben zu werden, erscheint nicht unbegründet. Fürs erste zumindest ist ein Post-Apartheid-Südafrika ohne „*copper-bottomed guarantees of existence*“ zugunsten der weißen (besser: weißen und den sich ihnen zugehörig fühlenden braunen) Südafrikaner nicht vorstellbar. So werden in den Verhandlungen Pretorias mit dem ANC (und INKATHA), wie Denis Worrall, einer der drei Vorsitzenden der Democratic Party, dies kürzlich forderte, „*all options — from the ANC's unitary state to Carel Boshoff's volksstaat concept — . . .*“¹⁰ diskutiert werden. Genau das hatte übrigens der Vorsitzende der FDP, Otto Graf Lambsdorff, vor Augen, als er die Bonner Regierung, bislang vergeblich, aufforderte, ähnlich London, Moskau und Washington

6 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: „Der Westen und der Wandel in Südafrika“ in „Aussenpolitik“ 1982/I, S. 75-87.

7 Dazu Alexander Rahr und John Richmond: „Wind of Change in South Africa from Unexpected Quarter“ in Radio Liberty „Report on the USSR“, May 1989, S. 25-33.

8 „Towards Darkness and Death: Racial Demonology in South Africa“, UNISA/Dep. van Staatsleer, Pretoria, 1989, unveröffentl. Manuskript.

9 S. Klaus Frhr. von der Ropp: „Two years after Dakar, the dialogue continues“ in „Democracy in Action“ (Kapstadt), Juli 1989, S. 14-15 (14).

10 Nach Ronel Scheffer: „Security not an impossible dream if whites join majority“ in „Democracy in Action“, August 1989, S. 4-5, 14(5).

eine Politik des Suchens nach Lösungen und des Vermittelns zwischen den Konfliktparteien zu betreiben¹¹.

Es steht zu erwarten, daß die weißafrikanischen Unterhändler (und wohl auch die ausländischen Mittler) die Lösung des Konflikts zunächst in einem institutionalisierten System des *power-sharing* in einem ungeteilten Südafrika suchen werden. Das wird bedeuten, daß ANC, NP (oder KP) und INKATHA eine auf Dauer angelegte Koalitionsregierung bilden werden. Die Weißen werden alles daran setzen, in einer solchen Regierung die Kontrolle über das Militär und die Polizei zu behalten. Das macht eine solche Koalitionsregierung zumindest für den ANC unakzeptabel. So spricht alles dafür, daß man sich in einer späteren Phase der Verhandlungen u. a. der Ausführungen erinnern wird, die in detaillierter Kenntnis des in Südafrika Machbaren der Liberale Van Zyl Slabbert kürzlich bei einer AWEPA-Tagung machte¹²: „*The only morally defensible position on a partitioned nation-state that remains is represented by the son and son-in-law of the late H. F. Verwoerd . . . Hendrik Verwoerd and . . . Carel Boshoff . . . They are prepared to sacrifice any claim to a larger South Africa if they can negotiate a small portion of the country where they can live in isolation . . . The sacrifice and isolation implied by whites partitioning themselves out of the rest of South Africa holds even less appeal for even the bulk of white right-wing supporters, but I believe it does open up the possibility of introducing the policies of negotiation into the policy of partition*“.

Slabbert ist nur zu gut bekannt, daß derartige Überlegungen auch in seinem eigenen politischen Lager angestellt werden. So wurden sie, wenn auch von der Außenwelt nicht bemerkt, auch in Dakar diskutiert¹³. Das weiße Südafrika wird sich mit der Umkehr der politischen Macht zugunsten vor allem des ANC nur abfinden, wenn zugleich das schwarze Südafrika der Schaffung eines von allen Staaten der Region in seinen Grenzen garantierten, unabhängigen Staatswesens der weißen (besser: weißen und braunen) Afrikaner zustimmt. In jene im südwestlichen Kap gelegene Fluchtburg werden sich die weißen oder weißen und braunen Südafrikaner zurückziehen, die für sich und ihre Kinder eine Zukunft in dem vom ANC beherrschten übrigen Südafrika/Azania nicht sehen.

3. Positionen des Widerstandes

Die bevorstehende Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit wird vom schwarzen Südafrika als ein weiterer Sieg der militärischen Anstrengungen einer militanten Befreiungsbewegung gefeiert werden. Insbesondere die Mitglieder des ANC mögen dann die Meinung äußern, auch die Regierung in Pretoria militärisch in die Knie zwingen zu können. Dennoch bietet der ANC heute Verhandlungen an. Im Grunde beinhaltet das Angebot aber nicht mehr als die Bereitschaft, mit den weißen Afrikanern über deren Kapitulation zu verhandeln.

11 B. Ostermann: „Suche nach gangbaren Wegen/Lambsdorff-Initiative beendet Perspektivlosigkeit bundesdeutscher Afrikapolitik“ in „Namibia-Nachrichten“ (Windhuk) vom 8./9. Oktober 1989 im Anschluß an Robert von Lucius: „Lambsdorff kritisiert die Südafrika-Politik der westlichen Länder/Teilung des Landes als letzter Ausweg? . . .“ in FAZ 8. August 1986, S. 5.

12 „A political overview of South Africa: now and the next few years“, S. 18-22 (19) in dem in Anm. 5 genannten Bericht.

13 S. die in Anm. 9 aufgeführte Arbeit. Weiter Klaus Frhr. von der Ropp: „Nuwe benaderings nodig vir Westerse inisiatiewe“ in „Die Suid-Afrikaan“ (Kapstadt) April/Mai 1988, S. 34-36.

In Diskussionen mit Vertretern des Mass Democratic Movement (MDM), Cosatus und der kirchlichen Dachverbände South African Council of Churches und Southern African Catholic Bishops' Conference hat der ANC 1989 ein Papier zu Fragen der Verhandlungen mit Pretoria entwickelt¹⁴. Darin sind u. a. seine Bedingungen für die Schaffung eines Verhandlungsklimas niedergelegt, d. s. insbesondere die Freilassung aller politischen Gefangenen, die „Entbannung“ von ANC, UDF und wohl auch PAC, Azapo usw., der Abzug der Streitkräfte aus den Gettos, die Beendigung des Notstandes sowie aller politischen Strafverfahren und Hinrichtungen. Das Papier sieht weiter vor, daß Pretoria und der ANC einen Waffenstillstand aushandeln. Anschließend soll die Verfassung für das neue Südafrika verhandelt und verabschiedet werden. Mit der Vorlage eines entsprechenden Dokuments¹⁵ hatte der ANC schon im August 1988 klargestellt, daß sich diese Verfassung an westlich-demokratischen Vorstellungen orientieren werde. Nach Abschluß der Arbeiten der verfassungsgebenden Versammlung wird eine Übergangsregierung gebildet. Diese wird Südafrika regieren, bis aus allgemeinen Wahlen eine neue Regierung für das „*non-racial, democratic, undivided South Africa*“ hervorgehen wird.

Es drängt sich die Frage auf, ob sein Bekenntnis zu den Werten einer westlichen liberalen Demokratie vielleicht nur von taktischer Natur ist. Sein Verhalten gegenüber INKATHA und PAC/Azapo legt die Bejahung dieser Frage nahe. Es sollte niemanden überraschen, wenn der ANC nach Übernahme der Macht Südafrika zu einem autoritären Einparteiensstaat, ähnlich etwa dem heutigen Zimbabwe, umgestalten wird. Dagegen werden jene Staaten nicht protestieren, die, zusammengeslossen im „OAU Committee on Southern Africa“, sich namens der gesamten OAU die Vorstellungen des ANC zu eigen gemacht haben¹⁶. Keiner dieser Staaten respektiert nämlich innerhalb seiner Grenzen jene hehren Ideale, die ihres Erachtens das politische Leben in dem Post-Apartheid-Südafrika prägen sollen. Im September 1989 machte sich bei ihrem jüngsten Gipfeltreffen in Belgrad auch die Blockfreien-Bewegung die Vorstellungen des ANC zu eigen.

Ziel des ANC ist, hier nicht nur die Zustimmung der UN-Vollversammlung, sondern auch die des UN-Sicherheitsrats zu bekommen. Damit wäre, ähnlich der UN-Sicherheitsrats-Resolution 435 für Namibia, eine völkerrechtlich verbindliche Grundlage für die Lösung des Südafrika-Konflikts geschaffen. Dieser Strategie des ANC werden sich aber nicht nur fürs erste viele westliche Länder widersetzen. Denn auch bei den Positionen des ANC kann es sich in den Augen westlicher Staaten nur um Verhandlungspositionen handeln. Zu gut ist im Westen bekannt, daß Pretoria sie erst nach einer militärischen Niederlage akzeptieren wird. Von einem militärischen Sieg über das weiße Südafrika ist der ANC, der noch dazu 1989 seine militärischen Basen in Angola und Zambia räumen mußte, noch sehr weit ent-

14 In Auszügen ist das Papier abgedruckt in „Africa Research Bulletin“, 15. September 1989, S. 9364. S. auch „ANC discussion paper on the issue of negotiations“ in „Business Day“ vom 20. Juli 1989.

15 „Constitutional guidelines for a democratic South Africa“ veröffentlicht durch: IDASA, Kapstadt, 1989.

16 Abgedruckt „OAU Committee on Southern Africa/Political Declaration Agreed at Harare“ in „Africa Research Bulletin“, 15. September 1989, S. 9366-9367.

fernt¹⁷. Der ANC hat dagegen genau wie die Regierung in Pretoria die Möglichkeit, die Kap-Republik in das Chaos zu stürzen. Das aber wird nicht ausreichen, das in Pretoria herrschende Afrikanerdom kapitulieren zu lassen.

Vieles spricht aber dafür, daß die Führung von ANC/UDF/MDM und Cosatu die Chancen, Pretoria den Willen der „demokratischen Massen“ aufzwingen zu können, realistischer sieht, als sie es in ihrer Propaganda darstellt. So ist die realistische Sprache auffallend, die der ANC bei seinen inzwischen sehr zahlreichen Begegnungen mit weißen Südafrikanern spricht. Schon im Juli 1987 in Dakar hatte der Dichter und Maler Breyten Breytenbach, der viele Jahre wegen politischer Delikte in Pretoria inhaftiert war, festgestellt, daß der ANC trotz der Militanz seiner Sprache durchaus mit realistischen Vorstellungen über das Machbare in Verhandlungen gehen werde. Erst die Entwicklungen nach dem Abschluß der Verhandlungen über das Post-Apartheid-Südafrika werden zeigen, ob der ANC die Autorität hat, die Millionen oft sehr militanter und bitterer Jugendlicher in den Gettos zur Annahme der Verhandlungsergebnisse zu bewegen. Trotz mancher Zweifel ist das durchaus vorstellbar.

4. Ansätze einer vermittelnden Diplomatie

Die jüngere Geschichte ist reich an gescheiterten Versuchen, den Südafrika-Konflikt mit friedlichen Mitteln beizulegen. Erinnerung sei nur an die westdeutsch-amerikanische Vorstellung der späten 70er Jahre, der westlichen Namibia-Initiative eine entsprechende Südafrika-Initiative folgen zu lassen¹⁸. Genau wie der Jahre später unternommene Ansatz der sog. Eminent Persons Group des Commonwealth¹⁹, so war auch sie an der Unterstellung ihrer Väter gescheitert, das Afrikanerdom sei reif für die Kapitulation. Dagegen ist Crocker in vielem kenntnisreiche Politik des „*constructive engagements*“ (1981-1988) daran gescheitert, daß der amerikanische Assistant Secretary of State for African Affairs zu Unrecht annahm, daß Afrikanerdom habe die Unaufschiebbarkeit des fundamentalen Wandels (nicht der Kapitulation!) erkannt.

Wie bereits erwähnt wurde, ist die Politik der Sowjetunion im südlichen Afrika heute im hohen Maß konstruktiv²⁰. Um die Jahreswende 1987/88 hat Moskau Pretoria durch den inzwischen verstorbenen bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß wissen lassen, daß auch die Sowjets jetzt nach einer politischen Lösung des Südafrika-Konflikts suchten. Viele Indizien sprechen dafür, daß die amerikanisch-sowjetisch-britische Kontaktgruppe, die 1988 den Vertrag von New York aushandelte, mit den Unterhändlern Pretorias außer über Namibia und Angola auch über das Post-Apartheid-Südafrika sprach. Wahrscheinlich war ein Einvernehmen der Unterhändler Südafrikas einerseits und derer Washingtons, Londons

17 Dazu Jeffrey Herbst: „Prospects for Revolution in South Africa“ in „Political Science Quarterly“, Winter 1988/89, S. 665-685.

18 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: „A „Political Initiative“ for South Africa — A (West) German View“ in „Politikon“, 1987/Juni, S. 3-14; André du Pisani and Klaus Frhr. von der Ropp: „The Western Namibian Initiatives: Past, Present — and Future?“ in „International Affairs Bulletin“, 1988/2, S. 4-22.

19 Dazu den Bericht der EPG „Mission to South Africa/The Commonwealth Report“, London, 1986.

20 Vor allen anderen Robert von Lucius: „Südafrika wird London, der ANC von Moskau zu Verhandlungen gedrängt“ in FAZ vom 28. März 1989, S. 6. Vgl. Alexander Rahr and John Richmond, a. a. O.

und Moskaus andererseits über zentrale Elemente der politischen Ordnung des Post-Apartheid-Afrikas sogar die Voraussetzung dafür, daß Pretoria sich aus Angola und Namibia zurückzog²¹.

Dieser Verhandlungsansatz wäre sofort zerstört worden, hätte sich London im Oktober 1989 in Kuala Lumpur bei dem jüngsten Commonwealthgipfel dem Drängen seiner 48 Partner gebeugt und der Verhängung weiterer Finanzsanktionen gegen Südafrika zugestimmt. Ein unter maßgeblicher Beteiligung vor allem Australiens erarbeiteter Plan sah im wesentlichen vier Maßnahmen vor: Ausländische Banken sollten keine Kredite mehr einräumen. Die Konditionen für die Schuldentrückzahlung von 1990 sollten verschärft werden. Die Finanzierung des Handels mit Südafrika sollte erschwert werden. Und schließlich sollte ein Komitee geschaffen werden, das Pretorias Beziehungen mit dem internationalen Finanzmarkt überwachen würde. Andere Staaten, darunter vor allem Zimbabwe und Nigeria, forderten in Kuala Lumpur außerdem harte Handelssanktionen. Noch fataler als die Zustimmung zu weiteren Sanktionen wäre gewesen, wenn die Briten die Billigung der oben erwähnten „*Political Declaration*“ des ANC bzw. des OAU Committee on Southern Africa nicht blockiert hätten.

So aber hat London, wenn auch um den Preis einer weiteren Isolierung in der Südafrikafrage im Commonwealth, die Möglichkeit, auf Pretoria einzuwirken. Anders als noch vor wenigen Jahren wäre es heute für die südafrikanische Regierung nahezu selbstmörderisch, nicht auf die Vorstellungen Großbritanniens von dem Post-Apartheid-Südafrika einzugehen. Dies um so mehr, als die Sowjets bemüht sind, und dies im engen Einvernehmen mit Washington und London, den ANC zu mächtigen.

IV. Einige Anmerkungen zu Namibia

SWAPO hat im November 1989 ihren jahrzehntelangen Kampf um die Unabhängigkeit²² der einstigen deutschen Kolonie Südwestafrika mit einem klaren Wahlsieg abgeschlossen. SWAPO wird von daher die Arbeiten der Verfassungsgebenden Versammlung Namibias in allen wesentlichen Punkten prägen. Sie wird bemüht sein, zumindest ein Minimum an Vertrauen der weißen Namibianer zu gewinnen, obwohl von denen kaum jemand sie gewählt hat. Ob SWAPO hier Erfolg haben wird, wird nicht zuletzt davon abhängen, wie kooperativ ihr die Weißen jetzt begegnen werden. Jene werden etwa begreifen müssen, daß der Einbruch von 2.000 PLAN-Kämpfern am 1. April 1989 in den Norden Namibias zwar einen groben Verstoß gegen den Geist des Vertrages von New York darstellte, jedoch in seiner Bedeutung vor dem Hintergrund der brutalen Kriegsführung von SADF/SWATEF und Koevoet in seiner Bedeutung stark zu relativieren ist. Analoges mag selbst für die schweren Menschenrechtsverletzungen gelten, die SWAPO in Angola, Zambia und Tanzania an ihren eigenen Gefolgsleuten begangen hat.

21 Dazu Klaus Frhr. von der Ropp: „Friedensinitiativen im Südwesten Afrikas“ in „Aussenpolitik“ 1989/2, S. 193-205 (199-201).

22 S. dazu die vom südafrikanischen Außenministerium herausgegebene Dokumentation „Namibian Independence and Cuban Troop Withdrawal“, Pretoria, 1989.

Die Nachbarschaft zu Südafrika, die totale wirtschaftliche Abhängigkeit Namibias von Pretoria und auch die Politik beider Supermächte und Großbritanniens werden SWAPO zwingen, eine Politik ähnlich der Zimbabwe zu verfolgen. Und trotz aller Unzulänglichkeiten, darunter etwa das Fehlen wirklicher Demokratie und die Abwanderung von etwa zwei Dritteln der einheimischen Weißen, ist das erste Jahrzehnt der Existenz der Republik Zimbabwe durchaus ein Erfolg gewesen. Ohne die in vielem vorsichtige Politik der Regierung Mugabe wäre Zimbabwe den Weg Angolas und Mozambiques gegangen.

Die für Namibia gefundene Lösung hat für Südafrika keinen Modellcharakter. Trotzdem gilt, daß der politische und wirtschaftliche Erfolg Namibias das Ringen um das neue Südafrika positiv beeinflussen wird. Das Scheitern Namibias würde dagegen alle Ansätze einer Lösung des Südafrika-Konflikts gefährden, vielleicht sogar zunichte machen.